

Ybbstaler Wochenblatt

Organ der demokratischen Einigung

Nummer 26

Waidhofen a. d. Ybbs

Freitag, 27. Juni 1947

Um Europas wirtschaftliche Einheit

Der amerikanische Außenminister Marshall hielt vor einiger Zeit an der Harvard-Universität, zu deren Ehrendoktor er ernannt wurde, eine Rede mit dem Inhalt, daß Amerika bereit sei, Europa wirtschaftlich beizustehen, doch müsse Europa selber den Wiederaufbau organisieren. Er betonte, daß er mit Europa den gesamten Kontinent, einschließlich Rußland und England meine. Mit dieser Rede ist Europa plötzlich wieder in den Brennpunkt des Interesses gerückt. Der Marshallplan wird als einziger und letzter Ausweg gegen die Teilung Europas, ja, gegen eine Zweiteilung der ganzen Welt angesehen. Die Ereignisse der Nachkriegszeit haben die Zweiteilung Europas immer mehr zu einer Tatsache gemacht, die auch durch die optimistischen Reden der Staatsmänner nicht verheimlicht werden konnte. Durch den Gegensatz zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika ist aber nicht nur Europa, sondern die ganze Welt betroffen, so daß es sich im vollsten Sinne des Wortes um eine Zweiteilung der Welt handelt. Die Bruchstelle verläuft quer durch unseren Kontinent, von der Ostsee zur Adria und dann weiter entlang der griechisch-türkischen Grenze nach Persien bis zum Himalaja und dann weiter quer durch China bis zur Beringstraße. Die Randgebiete dieser weltpolitischen Grenzlinie sind zu Unruhezentren geworden, wie dies die Vorgänge in China, in Persien, entlang der albanisch-griechischen und der griechisch-jugoslawischen Grenze beweisen. Aber selbst im ganzen übrigen Europa ist diese Teilung unverkennbar. Rein politisch äußert sie sich darin, daß in den westlichen Ländern der Einfluß der Kommunisten so weit als möglich ausgeschaltet wird, wie dies in Italien und Frankreich durch die Verdrängung der Kommunisten aus der Regierung besonders deutlich hervorgeht. Die antikommunistische Front jedoch wird früher oder später zum Einparteiensystem führen, wie es heute noch in Spanien als Überbleibsel und Ausdruck des Faschismus zu finden ist. In den Ländern des Ostens vollzieht sich eine ähnliche Entwicklung, nur mit umgekehrten Vorzeichen. Dort werden durch die prussische Einstellung der Bevölkerung alle Einflüsse der westlichen Länder leicht auf ihr gewünschtes Maß beschränkt. Wo der prussische Einfluß durch Wahlen nicht so leicht zu erreichen ist, wie zum Beispiel in Ungarn, dort entsteht ein Unruheherd, der, geschürt von dem Mißtrauen der großen Völker, auch die kleinen Nationen ergreift. Durch das Ausbauen der gegenseitigen Machtpositionen wird die Teilung Europas immer klarer und deutlicher — und für den Weltfrieden immer gefährlicher. Hand in Hand mit dieser politischen Teilung wird auch die Wirtschaft durch die gegenseitige Absperrung arg in Mitleidenschaft gezogen. Das auch ist vor allem der Grund, warum die Bessergestaltung des Lebens und der Ernährung zwei Jahre nach dem Krieg so langsam vor sich geht.

Europa und die Welt aber brauchen keine Teilung, sie brauchen die Einheit. Voraussetzung für sie ist die Überbrückung des Mißtrauens zwischen Ost und West, die Einsicht, daß das Heil der Welt nur in der Zusammenarbeit liegt, nicht aber in der gegenseitigen Absperrung. Der Marshall-Plan wäre geeignet, eine Annäherung der größten Völker herbeizuführen, wenn er wirklich nur als wirtschaftliche Hilfe für Europa gedacht ist, ohne politische Zugeständnisse oder Bindungen zu verlangen. Der Plan ist so gigantisch, die erforderlichen Summen und Sachaufwände so hoch, daß an eine bloße uneigennützigke Aktion selbst des reichsten Landes der Welt kaum geglaubt werden kann. Wenn wir uns aber in die wirtschaftliche Lage der Vereinigten Staaten hineinendenken, dann wird uns klar, daß der Marshall-Plan für Europa tatsächlich eine großzügige Hilfe bedeuten soll, die keine politischen Bindungen verlangt, daß aber auch Amerika selbst dadurch geholfen werden soll. Amerika ist aus dem zweiten Weltkrieg als das reichste Land hervorgegangen, das selbst nicht beschädigt, der eigentliche Sieger geworden ist. Die technische Entwicklung ist während des Krieges ins Ungeahnte gesteigert worden. Nach dem Kriege mußte der Großteil der Pro-

Teuerungszulagen für Bundesbedienstete

Beschlüsse des Ministerrates

Im Ministerrat vom Dienstag gab Bundeskanzler Ing. Dr. Figl einen ausführlichen Bericht über die politische und wirtschaftliche Lage, in dem er besonders die Bedeutung des am Samstag mit dem Oberkommando der amerikanischen Besatzungstruppen in Österreich abgeschlossenen Abkommens hervorhob. Diese Hilfe sei deswegen besonders wertvoll, da damit vom 1. Juli 1947 an der österreichischen Bundesregierung laufend ein sehr erheblicher Betrag in amerikanischen Dollars zur Verfügung stehen und zum Einkauf lebenswichtiger Güter Verwendung finden wird.

Der Bundeskanzler berichtete weiter, daß die österreichische Regierung veranlaßt habe, daß den Erdölfeldern in Zistersdorf erhöhte Mengen an Kraftstrom geliefert werden, um eine ergiebige Produktion zu sichern. Seit Ende voriger Woche ist das Kraftwerk Neusiedl an der Zaya in Betrieb, dessen Kraftstrom dem Zistersdorfer Gebiet zur Verfügung gestellt wird. Die Regierung erhofft als Gegenleistung eine höhere Lieferung von Treibstoff.

Der Bundeskanzler gab weiter bekannt, daß der Alliierte Rat die österreichische Regierung verständigt habe, daß er die Zuständigkeit der österreichischen Behörden auf dem Gebiet des Straßen-, Straßenbrücken- und Landstraßentransportwesens für das ganze Bundesgebiet ab sofort anerkenne.

Innenminister Helmer erstattete über die in letzter Zeit vorgefallenen Entführungen von insgesamt fünf Personen einen ausführlichen Bericht.

Auf Antrag des Bundeskanzlers genehmigte der Ministerrat den Entwurf einer Novelle zum Nationalsozialistengesetz. Sie sieht vor, daß an Stelle des generellen Ausschlusses Minderbelasteter vom Hochschulstudium eine individuelle Prüfung minderbelasteter Studierender durch Kommissionen treten soll. Diese Kommissionen haben nur solche minderbelastete Studierende nach einer strengen Prüfung zum Hochschulstudium zuzulassen, die durch ihr Verhalten vor dem

duktion auf die Erzeugung von Friedenswaren umgestellt werden. Allein die amerikanische Autoindustrie erzeugt heute schon viel mehr als vor dem Krieg. Der Inlandmarkt war nach dem Krieg aufnahmefähig genug, um alle Waren aufzunehmen. Schon aber zeigt sich ein leichtes Nachlassen der Aufnahmefähigkeit, ein leichtes Absinken der Konjunktur. Fachleute sind der Ansicht, daß nach 12 bis 18 Monaten eine fühlbare Stagnation eintreten wird. Um dies zu verhindern, brauchen die Vereinigten Staaten riesige Absatzgebiete für ihre Waren. Die meisten Völker aber können die amerikanischen Waren nicht kaufen, weil fast das gesamte Gold der Welt im Laufe der letzten Jahre nach Amerika geflossen ist, Tauschhandel aber wegen der hohen amerikanischen Einfuhrzölle kaum in Betracht kommt. Amerika hat also seine riesige Überproduktion und das meiste Gold. Es muß aber seine Waren verkaufen. Dazu braucht es Länder, deren Wirtschaft ausgeglichen ist, Länder, die einen möglichst hohen Wohlstand aufweisen. Amerika braucht den Wohlstand der Welt, um seinen eigenen Wohlstand aufrecht erhalten zu können. Das ist aber nur zu erreichen, wenn es die kriegsverwüsteten Länder fürs erste unterstützt und ihnen die Möglichkeit gibt, ihre Wirtschaft in Ordnung zu bringen, um sie dann als normale Handelspartner begrüßen zu können. Mit der Europahilfe soll daher nicht gesagt sein, daß die notwendigen Waren aus Amerika bezogen werden müssen, nein, Europa soll alle seine Möglichkeiten selbst heranziehen, es soll in möglichst kurzer Zeit gesunden. Das ist aber nur möglich, wenn ganz Europa die finanziellen Mittel zum Wiederaufbau erhält, denn es kann nur als Ganzes gesunden, nicht aber als ein Wirtschaftsgebiet, das in zwei Teile getrennt ist. Deshalb gilt die wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung nicht nur den Ländern des Westens, sondern in gleicher Weise auch denen des Ostens.

Der englische Außenminister Bevin und der französische Außenminister Bidault ha-

27. April 1945 ihre positive Einstellung zur unabhängigen Republik Österreich bewiesen haben.

Der Ministerrat genehmigte ferner einen vom Minister für soziale Verwaltung Maisel eingebrachten Gesetzentwurf über längeren Urlaub für Jugendliche. Dieser Gesetzentwurf sieht für Jugendliche bis zum Ablauf des Dienstjahres, in dem sie das 18. Lebensjahr vollenden, in jedem Jahr einen ununterbrochenen Urlaub von vier Wochen vor.

Ebenso erteilte der Ministerrat einem vom Bundeskanzler beantragten Verordnungsentwurf über die Gewährung von

Teuerungszulagen an die Bundesbeamten seine Zustimmung. Dieser Entwurf sieht vor, daß alle in Verwendung stehenden vollbeschäftigten Bundesbediensteten einen laufenden Teuerungszuschlag von monatlich 100 Schilling erhalten. Für alle Empfänger von Ruhe- und Versorgungsgenüssen ist ein Teuerungszuschlag von 30 Schilling vorgesehen, der sich auf 60 Schilling erhöht, wenn dadurch der monatliche Bezug nach Zurechnung des Teuerungszuschlages den Betrag von monatlich 330 Schilling nicht übersteigt. Alle Bundesbediensteten und alle Empfänger von Ruhe- und Versorgungsgenüssen sollen ferner einen Teuerungszuschlag von 20 Schilling zum Haushaltzuschuß und zu jeder Kinderzulage und Aushilfe erhalten.

Auf Einladung des internationalen Weizenrates beschloß der Ministerrat den Beitritt Österreichs zu dieser Organisation.

Die amerikanischen Besatzungskosten werden von den USA. selbst getragen

Die amerikanischen Besatzungstruppen zahlende Gäste in Österreich

Am vergangenen Samstag hat der Hochkommissar der amerikanischen Besatzungstruppen in Österreich, Generalleutnant Keyes, dem österreichischen Bundeskanzler und der österreichischen Regierung mitgeteilt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten in Verfolgung ihrer bisherigen Politik, Österreich zu einem politisch freien und wirtschaftlich gesunden Staat zu gestalten, vom 1. Juli an auf die Beistellung der Besatzungskosten durch Österreich verzichtet und für die auflaufenden Kosten der Besatzungsbedürfnisse selbst in Dollars aufkommen wird.

Der Bundeskanzler brachte namens der österreichischen Regierung und des österreichischen Volkes seinen Dank in einer Rede zum Ausdruck, in der er unter anderem sagte: Mit Freude und Rührung nehme ich dieses neuerliche Zeichen des freundschaftlichen Verstehens entgegen, das die große Nation der Vereinigten Staaten dem

kleinen österreichischen Volk erweist. Die Vereinigten Staaten haben in den abgelaufenen zwei Jahren jederzeit durch die Tat bewiesen, daß sie zu ihrem Versprechen stehen, Österreich zu einem freien und unabhängigen Staat zu machen.

Der Bundeskanzler schilderte dann alle Formen der Hilfeleistung Amerikas für Österreich und fuhr fort: Diesen großen Beweisen der Freundschaft reiht sich heute ein neuer von ganz besonderer Bedeutung an. Der Staatsvertrag für Österreich ist noch nicht unterzeichnet. Sie wären zu der Maßnahme, die Sie heute getroffen haben, nicht gezwungen gewesen, und trotzdem erklären sie namens ihrer Regierung, daß die Besatzungstreitkräfte der Vereinigten Staaten in Österreich ab 1. Juli keinerlei Besatzungskosten mehr in Anspruch nehmen werden, sondern daß Ihr Staat für die Kosten, die sich aus der Besetzung in Österreich ergeben, in Dollars selbst aufkommen wird. Damit hören mit 1. Juli ihre Truppen eigentlich auf, Besatzungstruppen zu sein. Sie werden von diesem Tag an für uns vielmehr Gäste sein, und zwar zahlende Gäste. Eine Tatsache von so großer volkswirtschaftlicher Bedeutung weiß das österreichische Volk zu würdigen. Es wird sich bemühen, sich dieses Freundschaftsbeweiens würdig zu erweisen, indem es seinen eigenen Fleiß für den Wiederaufbau unseres Landes verdoppelt.

Der amerikanische Schritt bedeutet für Österreich eine wesentliche finanzielle Erleichterung bei der Bezahlung der gesamten Besatzungskosten. Vom 1. Juli bis Ende des Jahres 1947 handelt es sich dabei schätzungsweise um einen Betrag von etwa fünf Millionen Dollar. Der Dollarwert für den von den Amerikanern benötigten Bedarf an Schillingen wird der österreichischen Regierung als Dollarkredit für den Import dringend benötigter Güter zur Verfügung stehen. Bisher stellte die österreichische Regierung jeder der Besatzungsmächte einen gewissen Schillingbetrag für ihre Besatzungskosten zur Verfügung, dies machte in den letzten Monaten ungefähr 15 Prozent des österreichischen Budgets aus, früher sogar noch mehr. Vom 1. Juli an wird nunmehr das amerikanische Element für seinen Schillingbedarf in Dollars bezahlen.

Der amerikanische Schritt bedeutet aber auch die Freigabe aller requirierten Eigentums, für dessen Benützung keine Beträge aus dem Budget der amerikanischen Streitkräfte zur Verfügung stehen. Die Angehörigen der amerikanischen Besatzungstruppen werden künftighin für Telephonegebühren, Hotelrechnungen, Reisekosten usw. selbst aufzukommen haben. Eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Wohnungen wird für Österreicher frei werden.

England verzichtet nicht auf die Besatzungskosten

Ein Sprecher des britischen Außenministeriums gab bekannt, daß die Entscheidung Washingtons nicht nach vorheriger Beratung mit Großbritannien zustande gekom-

